

STADT VREDEN

6. Änderung des Flächennutzungsplanes 2030

im Bereich der Ringstraße / Winterswyker Straße / Venndiek

Zusammenfassende Erklärung gem. § 6 Abs. 5 BauGB
--

Der Flächennutzungsplanänderung ist eine zusammenfassende Erklärung beizufügen über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bauleitplan berücksichtigt wurden, und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde.

Anlass und Ziel der Planung

Die Stadt Vreden hat sich mit dem Projekt „Gaxelino“ (innovative Nahmobilitätsinitiative für das Industriegebiet Gaxel) erfolgreich beim Bundeswettbewerb „Klimaschutz durch Radverkehr“ beworben.

Durch Gaxelino soll die Radverkehrsanbindung des Industriegebiets Gaxel (= Arbeitsstätte) mit Blick auf die Wohnsiedlungsbereiche verbessert werden. Hierfür ist u.a. die Umgestaltung des Knotenpunktes Winterswyker Straße / Ringstraße erforderlich. Die Radverkehrsanbindung wird hier durch eine Radfahrunterführung deutlich verbessert.

Für die baulichen Maßnahmen zur Umgestaltung des Knotenpunktes Winterswyker Straße / Ringstraße werden durch den einfachen Bebauungsplan Nr. 119 „Knotenpunkt Winterswyker Straße / Ringstraße“ die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen.

Diese Bauleitplanung umfasst auch die Verlegung des vorhandenen Regenrückhaltebeckens im Kreuzungsbereich auf eine Fläche zwischen Ringstraße und Amselweg.

Neben Gaxelino ist ein weiteres wichtiges städtebauliches Projekt die Schaffung von Wohnbauland nördlich der Ringstraße zwischen der Straße Venndiek und der Winterswyker Straße. Wesentliche Teil der zurzeit noch als landwirtschaftlich genutzten Flächen sind im Flächennutzungsplan 2030 bereits als Wohnbauflächen dargestellt. Zur besseren Auslastung der Infrastrukturen soll eine zusätzliche Bauzeile nördlich des Venndiek als Wohnbaufläche dargestellt und mit dem Bebauungsplan Nr. 103 „Pirolstraße“ entwickelt werden. Das neue Regenrückhaltebecken am Amselweg dient auch diesem Projekt.

Ziel der vorliegenden Änderung des Flächennutzungsplanes ist daher im Wesentlichen die Darstellung von Verkehrsflächen (Ringstraße, Winterswyker Straße), einer Fläche für die Regenwasserentsorgung am Amselweg und von Wohnbauflächen nördlich des Venndieks sowie Maßnahmen zum Immissionsschutz entlang der Ringstraße und Winterswyker Straße.

Umweltbelange

Es wurde eine Umweltprüfung durchgeführt. Der Flächennutzungsplanänderung ist ein Umweltbericht gem. § 2 BauGB beigelegt, der Bestandteil der Begründung zur Änderung des Flächennutzungsplanes ist.

Im Rahmen der Umweltprüfung werden die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen für die Schutzgüter Schutzgut Mensch, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Wasser, Luft und Klima, Landschaft sowie Kultur- und Sachgüter ermittelt, beschrieben und bewertet.

Baubedingte Wirkungen

Wesentliche baubedingte temporäre Wirkfaktoren ergeben sich aus den Baumaßnahmen für die Errichtung der Wohnhäuser und Infrastrukturanlagen. Das Ausmaß hängt von den eingesetzten Baumitteln, Bauverfahren sowie vom Zeitraum der Bautätigkeit ab. Temporär

ist für die angrenzenden Wohngebiete mit baubedingt erhöhten Lärm-, Staub- und Schadstoffemissionen zu rechnen. Die baubedingten Wirkungen lassen sich durch einen umweltschonenden Baustellenbetrieb unter Beachtung der gängigen Umweltschutzauflagen minimieren.

Anlagebedingte Wirkungen

Anlagebedingte Wirkungen ergeben sich im Wesentlichen durch die o. g. Wohnbau- und Infrastrukturanlagen in Form der Neuversiegelung.

Betriebsbedingte Wirkungen

Als wesentliche betriebsbedingte Wirkungen sind Lärm-, Licht- und Schadstoffemissionen durch Verkehr auf der Ringstraße und der Winterswyker Straße zu erwarten. Ursächlich hierfür ist jedoch nicht der Inhalt dieses Bebauungsplans, sondern allgemeine Verkehrszunahmen und das Wachsen des Industriegebiets Gaxel. Hinzu kommen die Auswirkungen durch das neue Wohngebiet verursachte Verkehre.

Die Änderung des Flächennutzungsplans stellt die notwendige planungsrechtliche Vorbereitung für die Aufstellung der beiden vorgenannten Bebauungspläne dar. Allein aus der Flächennutzungsplanänderung resultieren noch keine verbindlichen Regelungen mit umweltrelevanten Auswirkungen. Diese ergeben sich erst aus den rechtsverbindlichen Festsetzungen der einzelnen Bebauungspläne. Mit der Änderung des Flächennutzungsplanes sind ebenfalls noch keine unmittelbaren Eingriffe verbunden. Im Rahmen der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung erfolgt eine Qualifizierung der erforderlichen Vermeidungs-, Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen. Nach aktuellem Stand sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

Für das neue Wohngebiet Pirolstraße an der Ringstraße ist aktiver Schallschutz in Form einer Lärmschutzwand vorgesehen. Im Rahmen der Umgestaltung des Knotenpunktes Winterswyker Straße / Ringstraße ist eine durchgängig geschlossene Lärmschutzwand entlang der Grundstücke Finkenstraße 21, 23, 25, 27 und der Wendeanlage Finkenstraße (Flurstück 166, Flur 119) sowie des Grundstücks Toschlag 2 und der Wendeanlage Toschlag (Flurstück 82, Flur 119) vorgesehen.

Entsprechend dem Entwicklungsziel Nr. 1 des Landschaftsplans (Erhaltung der Feldgehölze, Wallhecken, Hecken, Baumgruppe und Einzelbäume) erfolgt die Planung möglichst unter Erhalt der vorhandenen Grünstrukturen. Zum Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen werden die einschlägigen Regelungen der DIN-Vorschrift 18920 beachtet.

Jedoch können nicht alle Bäume und Hecken erhalten werden. Insbesondere im Rahmen der Umgestaltung des Knotenpunktes mit der Unterführung im Bereich des derzeitigen RRB ist die Entnahme von Grünelementen unvermeidbar.

Bei der Planung des neuen Regenrückhaltebeckens am Amselweg, welches naturnah gestaltet werden soll, werden möglichst viele Grünstrukturen erhalten. Außerdem ist es gelungen, eine für die Nachbarschaft nutzbare Grünfläche (Größe ca. 400 m²) östlich des RRB zu erhalten. Im Bereich des geplanten Regenrückhaltebeckens werden die von der Planung nicht tangierten Einzelbäume zum Erhalt festgesetzt.

Der Umfang der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ergibt sich aus der naturschutzrechtlichen Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung, die für den nächsten Verfahrensschritt (öffentliche Auslegung und Behördenbeteiligung) erarbeitet wird und dann Bestandteil des Umweltberichts sein wird. Die Ausführungsplanungen für den Knotenpunkt und das neue RRB werden derzeit konkretisiert. Auf dieser Grundlage erfolgt dann die

Zusammenfassende Erklärung

6. Änderung des Flächennutzungsplanes 2030

Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung. Neben dem Verlust von Bäumen und Hecken ist die Zunahme der unvermeidbaren Flächenversiegelung zu bilanzieren.

Bei der Winterswyker Straße (K24) handelt es sich um eine nach § 41 Landesnaturschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (LNatSchG NRW) geschützte Allee. Eine Beseitigung und/oder Beeinträchtigung von Bäumen in der Allee im Zuge nachfolgender Bauvorhaben bedarf einer Befreiung nach § 67 BNatSchG i. V. m. 75 LNatSchG NRW. Von einem weiteren Kompensationsbedarf ist dann auszugehen.

Folgende artenschutzrechtlichen Maßnahmen sollen Bestandteil der beiden Bebauungspläne werden:

Schnitt und Rodungszeiten

Um auszuschließen, dass es zu einer Tötung von Tieren kommt, müssen die erforderlichen Schnitt- und Rodungsarbeiten außerhalb der Brutzeiten von Vögeln erfolgen. Damit müssen diese Arbeiten außerhalb des Zeitraumes vom 01.03. bis 30.09. eines jeden Jahres durchgeführt werden.

Schutz von Vogel – oder Fledermausquartieren in Bäumen

Vor Baumfällungen oder starkem Beschnitt von Baumkronen ist im Vorfeld zu prüfen, ob ggf. vorhandene Baumhöhlen oder Horste beeinträchtigt werden, welche Fledermäusen oder Vögeln als Quartier dienen könnten. Dies verhindert die Tötung von Tieren bzw. eine Störung oder Zerstörung der Fortpflanzung und Ruhestätten der Arten.

Ausgleichsmaßnahmen für zwei Brutvorkommen des Stars

(nur Bebauungsplan Nr. 103)

Anzunehmen ist die Beeinträchtigung von zwei Brutvorkommen des Stars. Als Ausgleichsmaßnahme ist die Umwandlung von Acker in extensives Grünland auf einer Fläche von insgesamt 1 ha (0,5 ha pro Brutpaar) und die Anbringung von 4 Nisthilfen (2 Nisthilfen pro Paar) erforderlich.

Ausgleichsmaßnahmen für Quartiersverlust der Zwergfledermaus

Anzunehmen ist ein Quartiersverlust der Zwergfledermaus durch eine Lichtverschmutzung in das Feldgehölz und die dort befindlichen Höhlenbäume im Plangebiet „Pirrolstraße“. Als Ausgleich sind 15 Quartiershilfen im räumlichen Zusammenhang in einem Umfeld von 3 km um den aktuellen Quartiersstandort anzubringen. Die Kästen sind in Gruppen von max. 5 Kästen anzubringen, so dass sich hier drei Standorte ergeben. Die Standorte sollten einen geeigneten Baumbestand aufweisen, z. B. alte Eichengruppen oder Eichenreihen. Als geeignet stellt sich u. a. der Baumbestand um den Standort des neuen Regenrückhaltebeckens (Bolzplatz) dar. Es sind wartungsfreie und langlebige Holzbetonkästen zu verwenden. Um die Besetzung mit Kolonien oder Wochenstuben zu ermöglichen, sollten mindestens fünf der Kästen für Gruppenquartiere geeignet sein (Verwendung von Großraumhöhlen oder Koloniekästen, z. B. der Firma Schwegler oder Hasselfeldt).

Darüber hinaus werden aus gutachtlicher Sicht artenschutzrechtliche Empfehlungen ausgesprochen, die in den Bebauungsplan Nr. 119 als Hinweis aufgenommen werden. So wird, um eine Beeinträchtigung der Amphibienvorkommen in dem zu entfernenden Regenrückhaltebecken zu verhindern, empfohlen, die Baumaßnahmen an dem Gewässer außerhalb des Zeitraumes von Anfang März bis mind. Ende Juli durchzuführen. Folgender zusätzlicher Hinweis soll im Bebauungsplan Nr. 103 aufgenommen werden: „Zum Schutz lichtempfindlicher Fledermausarten sollte die Beleuchtung der Verkehrsflächen im geplanten Wohngebiet fledermausfreundlich gestaltet werden.“

Zusammenfassende Erklärung

6. Änderung des Flächennutzungsplanes 2030

Im Ergebnis macht der Umweltbericht deutlich, dass im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung zwar die Grundlagen für die konkreten Bebauungspläne, aber keine realen baulichen Veränderungen vor Ort geschaffen werden. Nach Umsetzung der Vermeidungs-Minderungs- und Ausgleichsmaßnahmen auf Bebauungsplanebene verbleiben voraussichtlich keine erheblichen Auswirkungen für die untersuchten Schutzgüter. Hinsichtlich des Schallschutzes erfolgt sogar eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation.

Aufstellungsverfahren

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss des Rates der Stadt Vreden hat in seiner Sitzung am 09.06.2020 dem Rat die Aufstellung der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes 2030 empfohlen.

Es wurden die folgenden Beteiligungsschritte durchgeführt:

Verfahren	Bekanntmachung / Schreiben vom	Zeitraum
Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)	28.04.2020	29.04.2020 bis 02.06.2020
Frühzeitige Beteiligung der Behörden und TÖB (§ 4 Abs. 1 BauGB)	03.04.2020	bis 22.05.2020
Öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB)	27.08.2020	07.09.2020 bis 09.10.2020
Beteiligung der Behörden und TÖB (§ 4 Abs. 2 BauGB)	02.09.2020	bis 09.10.2020

Im Rahmen der Beteiligungsverfahren sind verschiedene Stellungnahmen eingegangen: Die SVS-Versorgungsbetriebe GmbH sowie Straßen.NRW verweisen auf einen weiteren Abstimmungsbedarf bei den nachgeordneten Bebauungsplänen Nr. 103 „Pirolstraße“ und Nr. 119 „Knotenpunkt Winterswyker Straße / Ringstraße“. Diesen Stellungnahmen kann in den nachfolgenden Bebauungsplanverfahren gefolgt werden.

Der Kreis Borken – Untere Naturschutzbehörde hat eine differenziertere Auseinandersetzung mit dem Artenschutz angeregt, was die Betroffenheit von Amphibien im vorhandenen Regenrückhaltebecken angeht.

Die Landwirtschaftskammer NRW hat Bedenken gegen die Planung erhoben aufgrund der Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen, die zukünftig der Landwirtschaft weder zur Futter- noch zur Nahrungsmittelerzeugung zur Verfügung stehen und im Nährstoffkreislauf fehlen werden.

Von Seiten der Öffentlichkeit wurden in den Beteiligungsverfahren keine Stellungnahmen vorgetragen.

Der Rat der Stadt Vreden hat in seiner Sitzung am 18.12.2020 die Feststellung der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich der Ringstraße / Winterswyker Straße / Venndiek unter Berücksichtigung der im Abwägungsprozess getroffenen Entscheidungen beschlossen.

Die Änderung des Flächennutzungsplanes wurde mit Datum vom 01.02.2021 bei der Bezirksregierung Münster zur Genehmigung eingereicht.

Mit Datum vom 18.03.2021 – AZ. 35.02.01.100-017/2021.0001.2/21 – hat die Bezirksregierung Münster die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes 2030 im Bereich der Ringstraße / Winterswyker Straße / Venndiek genehmigt.

Zusammenfassende Erklärung

6. Änderung des Flächennutzungsplanes 2030

Die Genehmigung des Flächennutzungsplans wurde am 12.04.2021 ortsüblich bekanntgemacht.

Wesentliche Abwägungsentscheidungen

Aufgrund der Stellungnahme des Kreises Borken wurde das Artenschutzgutachten mit Datum vom 21.10.2020 in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde ergänzt. Neben der detaillierteren Betrachtung der betroffenen Arten wird als Vermeidungs- und Minderungsmaßnahme ein Ausweichlebensraum vorgeschlagen. Die Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen können über die nachgeordneten Bebauungspläne Nr. 103 „Pirolstraße“ und Nr. 119 „Knotenpunkt Winterswyker Straße“ berücksichtigt und festgesetzt werden. Die Änderung des Flächennutzungsplanes selbst löst noch keinen artenschutzrechtlichen Verbotstatbestand aus. Da etwaige Konflikte lösbar sind, kann die weitere Auseinandersetzung mit diesem Sachverhalt auf die nachfolgenden Ebenen verlagert werden.

Zur Stellungnahme der Landwirtschaftskammer ist festzuhalten, dass die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen zur Bereitstellung des benötigten Wohnbaulands leider nicht vermieden werden kann, da hierzu kaum geeignete Alternativen in Vreden vorhanden sind. Die Stadt Vreden nutzt gleichwohl sich bietende Möglichkeiten zur Nachverdichtung, um landwirtschaftliche Flächen nur im erforderlichen Umfang in Anspruch nehmen zu müssen. Auch die vorrangige Entwicklung von Wohnbauland innerhalb des Siedlungsgefüges des äußeren Ringes trägt zur Schonung des Außenbereichs und besseren Auslastung vorhandener Infrastrukturen bei.

Zu Details sowie zu anderen in die Abwägung eingestellten Belangen wird auf die Begründung zur 6. Änderung des Flächennutzungsplanes 2030 sowie die Abwägungstabellen verwiesen, die Anlage zum Feststellungsbeschluss sind.

Anderweitige Planungsmöglichkeiten

Eine anderweitige Planungsmöglichkeit besteht lediglich in der Null-Variante unter Beibehaltung des Status-Quo. Dies würde den Verzicht auf eine verbesserte Verkehrsführung am stark belasteten Knotenpunkt Winterswyker Straße / Ringstraße bedeuten. Der Radverkehr könnte auf dieser bedeutenden Verbindung zwischen Wohn- und Arbeitsstätte nur marginal verbessert werden.

Der Verzicht auf die Ausweisung von Wohnbauflächen im Bereich des Venndiek würde aufgrund der anhaltenden Nachfrage nach Wohnbauland zu zusätzlichen Flächeninanspruchnahmen an anderer Stelle und geringerer Auslastung vorhandener Infrastrukturen führen.

Die gewählte Planung stellt daher nach Abwägung aller Belange die beste Möglichkeit zur Erreichung der Ziele der Stadtentwicklung dar.

Vreden, den 12.04.2021

Der Bürgermeister
Im Auftrag

Niestegge